

An den SPD-Parteivorstand

Die Abgeordneten des Seeheimer Kreises schlagen dem Parteivorstand vor, die Wahl für den SPD-Vorsitz partizipativ zu gestalten und alle Parteimitglieder miteinzubeziehen. Der Parteivorstand soll ein Verfahren anstreben, in dem vor dem nächsten ordentlichen Parteitag eine vollständige Mitgliederbefragung per Brief- und Urnenwahl durchgeführt wird, an der sich alle Unterbezirke und Ortsvereine beteiligen. Zur Kandidatur sind Nominierungen von mindestens drei Landesverbänden notwendig. Die zur Wahl stehenden Kandidierenden sollen auf einer bundesweiten Tour in Regionalkonferenzen oder den bereits geplanten Debattencamps vorgestellt werden, die auch für Interessierte geöffnet sind. Dabei ist darauf zu achten, die Chancengleichheit zu wahren und von jeglicher Bevorzugung einzelner Kandidierender durch die Arbeitsebene der Partei oder ihrer Organisationen abzusehen. Die Führung der Partei durch eine geschlechtergerechte Doppelspitze sollte durch eine entsprechende Änderung im Statut ermöglicht werden. Außerdem sollte beachtet werden, dass die gewählten Bewerberinnen und Bewerber über 50 Prozent der Stimmen erhalten müssen. Wir fordern den Parteivorstand auf, hierzu ein geeignetes Verfahren zu entwickeln.

Begründung: Mit den herben Verlusten bei den Wahlen zum Europaparlament und in Bremen sowie dem Rücktritt von Andrea Nahles steht unsere Partei vor der Frage, wie das verloren gegangene Vertrauen der Wählerinnen und Wähler, aber auch der eigenen Mitglieder zurückgewonnen werden kann. Gerade die jetzige Situation bietet dafür großes Potenzial.

Die kommissarische Besetzung des Fraktions- und Parteivorsitzes gibt uns genug Zeit, ein Verfahren in die Wege zu leiten, das die aktive Beteiligung bei der Auswahl der Führungspersönlichkeiten erlaubt. Als die SPD 2011 in Niedersachsen per Mitgliederentscheid den eigenen Spitzenkandidaten wählen ließ, einte der offene Prozess der Kandidatenauswahl und der faire und demokratische Wahlkampf in der Partei die Genossinnen und Genossen und gab enormen Rückenwind: Die SPD gewann dort die Wahl im Jahr 2013 und konnte auch 2017 ihre Stellung verteidigen. Wenn wir Willy Brandt beim Wort nehmen, dann wagen wir durch eine neue Form der Basisdemokratie mehr innerparteiliche Demokratie. Bestimmen wir über den Vorsitz unserer Partei nicht in kleinen Runden und Gremien, sondern befragen wir unsere Parteimitglieder, die sich jeden Tag vor Ort für unsere Partei einsetzen.

Dazu braucht es fest abgeklärte Regeln. Wir müssen Quoren, so zum Beispiel eine Mindestzahl von drei unterstützenden Landesverbänden festsetzen, mit denen Kandidierende aufgestellt werden können, damit die Wahl nicht von außen beeinflusst werden kann. Wir müssen Regionalkonferenzen organisieren, digitale Kennenlernmöglichkeiten schaffen, eine offene, breite und transparente Kampagne fahren. Und wir müssen eine Brief- und Urnenwahl auf die Beine stellen, an deren Ergebnis sich der Parteivorstand und der im Dezember stattfindende

Parteitag binden. Wir müssen dafür sorgen, dass mithilfe eines mehrstimmigen Systems garantiert wird, dass Bewerbende tatsächlich eine absolute Mehrheit erringen können. Am Ende dieses Vorgangs steht ein transparentes Ergebnis – eine Wahl, die von der Mehrheit der SPD-Mitglieder getragen wird.

Sollte sich dieses Verfahren bewähren, dann kann die Parteiführung in Zukunft auch über die eigene Mitgliedschaft hinaus denken: Warum fragen wir bei der Besetzung öffentlicher Ämter nicht alle an der Sozialdemokratie Interessierten? Warum ermöglichen wir nicht zum Beispiel in Hinblick auf die Kanzlerkandidatur der SPD allen in Deutschland lebenden Menschen eine Teilnahme an einem solchen Verfahren? Dadurch wird die Demokratie lebendiger und die Sozialdemokratie wieder attraktiver für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. So stellen wir eine sozialdemokratische Kanzlerschaft auf eine breitere Basis und stärken das Vertrauen in unsere SPD.